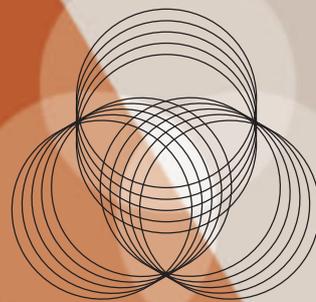


IFSH aktuell

94



Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg August/September 2012

Reduzierung taktischer Atomwaffen Verlängerung eines IFSH-Forschungsprojekts bewilligt



Konferenz in Moskau: Mehr als 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer debattierten am 12. März 2012 auf einer vom IFSH mit organisierten Konferenz über „Taktische Atomwaffen und der NATO-Russland Dialog“ am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) in Moskau.

Im Juli 2012 hat die *William and Flora Hewlett Foundation* ihre Förderung des Projekts über eine Reduzierung der Rolle taktischer Atomwaffen in der europäischen Sicherheit zum zweiten Mal verlängert. Damit geht das vom IFSH in Zusammenarbeit mit der amerikanischen *Arms Control Association* und dem *British American Security Information Council* gemeinsam durchgeführte Vorhaben nun in das dritte Jahr. Neben der Diskussion über eine Reform der sogenannten nuklearen Teilhabe in der NATO wird es künftig verstärkt auch darum gehen, Möglichkeiten der kooperativen Reduzierung taktischer Atomwaffen mit Russland herauszuarbeiten.

Das Festhalten der NATO an Atomwaffen

Bei Projektbeginn 2010 sahen die Projektpartner außergewöhnlich gute Voraussetzungen für eine Reduzierung der taktischen Atomwaffen in Europa. Hintergrund war die Prager Rede von US-Präsident Barack Obama über eine atomwaffenfreie Welt und das Versprechen der schwarz-gelben Bundesregie-

rung, sich für einen Abzug der in Deutschland noch stationierten US-Atomwaffen einzusetzen. Konkret förderten die Projektpartner die Diskussion über ein Ende der Stationierung von US-Atomwaffen in Europa im Zusammenhang mit dem neuen Strategischen Konzept, das die NATO im November 2010 in Lissabon verabschieden sollte.

Im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe – ursprünglich geschaffen um unter den Bedingungen der nuklearen Konfrontation des Ost-West-Konflikts die sicherheitspolitische Bindung und Lastenteilung zwischen Europa und den USA zu stärken – stationieren die Vereinigten Staaten noch immer 180-200 taktische Atomwaffen in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei. Ein Teil dieser Waffen soll nach wie vor von Flugzeugen der Verbündeten ins Ziel gebracht werden. In Deutschland sind vermutlich noch 10-20 US-Atombomben des Typs B61 auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Pfalz stationiert. Im Kriegsfall würden diese Waffen durch Bundeswehrpi-

loten von Tornado-Kampfbombern abgeworfen. Einen militärischen Zweck erfüllen diese „vorne stationierten“ Waffen schon lange nicht mehr. Aber einige zentral- und osteuropäische NATO-Mitglieder sehen in den Systemen ein wichtiges Symbol der US-Präsenz in Europa.

Eine zentrale Aktivität in der ersten Projektphase war daher die Durchführung von geschlossenen Seminaren mit Experten und Entscheidungsträgern in jenen Ländern, die einem Abzug der US-Atomwaffen aus Europa besonders skeptisch gegenüberstehen. Bei Runden Tischen unter anderem in Ankara, Warschau und Tallinn ging es auch darum, wie die europäische Sicherheit ohne taktische Atomwaffen gestärkt werden kann. Begleitet wurden diese, in Kooperation mit lokalen Partnern durchgeführten Seminare u.a. durch die Veröffentlichung von Nuclear Policy Papers, in denen Experten aus den betroffenen Ländern sowie Entscheidungsträger aus verschiedenen NATO-Staaten zu Wort kommen.



Konferenz in Paris: Am 5. und 6. März 2012 diskutierten mehr als 30 Diplomaten, NATO-Mitarbeiter und Experten am Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS) in Paris „Die künftige Abschreckungsfähigkeit der NATO: Was können Nuklearwaffen beitragen?“

Von Lissabon nach Chicago

Die Ergebnisse des Lissaboner NATO-Gipfels waren ernüchternd. Im neuen Strategischen Konzept beließ die NATO Kernelemente der nuklearen Abschreckung unverändert.



Die Allianzmitglieder konnten sich weder auf eine Reduzierung der in Europa stationierten Nuklearwaffen, noch auf den Verzicht auf die Option des nuklearen Ersteinsatzes einigen. Ein Grund dafür war, dass der Streit um den Aufbau des US-Raketenabwehrsystems in Europa die Diskussionen über einen Abzug der US-Atomwaffen überlagerte. Zugleich blockierten Frankreich und einige osteuropäische Staaten alle substanziellen Änderungen der Atomwaffendoktrin der Allianz. Fortschritte bei der Reduzierung der eigenen Atomwaffen wurden an reziproke Schritte Moskaus bei der Kontrolle der geschätzt rund 2.000 einsatzbereiten taktischen Atomwaffen Russlands geknüpft. Um die offen zutage getretenen Interessengegensätze über die künftige Ausrichtung der Atomwaffenpolitik der Allianz zu überbrücken, einigten sich die Allianzmitglieder immerhin auf eine umfassende Überprüfung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs der NATO. Dabei sollte insbesondere diskutiert werden, wie das Verhältnis zwischen konventioneller und nuklearer Abschreckung sowie Raketenabwehr neu justiert werden kann.

Diese Deterrence and Defense Posture Review (DDPR) stand im Mittelpunkt der zweiten Projektphase. Auf Seminaren in Berlin, Paris und Moskau ging es um eine Reform der NATO-Nukleardoktrin sowie Möglichkeiten der Vertrauensbildung mit Russland. Von deutscher Seite unterstützten das Auswärtige Amt die Veranstaltung in Berlin sowie die Friedrich-Ebert Stiftung das Seminar in Moskau.

Wie weiter?

Auch der auf dem Gipfel in Chicago im Mai 2012 angenommene DDPR-Report brachte keine substanziellen Fortschritte. Allerdings einigte sich die NATO darauf, einen neuen



Konferenz in Moskau: Der Veranstaltung in Moskau wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung mitgetragen und fand vor dem Hintergrund des bevorstehenden NATO-Gipfels in Chicago statt.

Rüstungskontrollausschuss zu schaffen, der auch Möglichkeiten der kooperativen Reduzierung von taktischen Atomwaffen prüfen soll.

In der nächsten Projektphase soll die Reduzierung taktischer Atomwaffen nun verstärkt im Kontext von Plänen zur Abwehr eines Raketenabwehrsystems sowie dem Aufbau von Kapazitäten weitreichender konventioneller Waffensysteme bearbeitet werden. Die Verknüpfung zwischen diesen Themen haben IFSH-Mitarbeiter/-innen unter anderem in der von der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2011 herausgegebenen Studie „Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa“ analysiert. In der Planung sind weitere Seminare in Paris und Moskau, London und Washington, auf denen unter anderem Möglichkeiten der größeren Transparenz und der Vertrauensbildung diskutiert werden sollen. Zudem werden im Laufe des Projekts Parlamentarier in den europäischen Stationierungsländern sowie in den NATO-Atomwaffenstaaten über Probleme der nuklearen Ab-

rüstung in Europa informiert und konsultiert, um langfristig die Lobby für eine Reform der NATO-Atomwaffenpolitik zu stärken.

Aus deutscher Sicht geht es zum einen darum, die Initiative für den Abzug der US-Waffen durch die Entwicklung konkreter Rüstungskontrollvorschläge zu unterstützen. Zum anderen wollen die Projektpartner dafür werben, dass keine modernisierten US-Atomwaffen in Europa stationiert und die Pläne zur Modernisierung der vorhandenen Trägersysteme gestoppt werden. Auch wenn ein Abzug der US-Atomwaffen aus Europa zunächst vom Tisch ist, sollten zumindest keine weiteren Mittel für die Verstärkung der nuklearen Teilhabe bereitgestellt werden.

Informationen zum Projekt und zum Thema finden sich unter <http://tacticalnuclearweapons.ifsh.de>

Kontakt:

Oliver Meier

Katarzyna Kubiak

meier@ifsh.de

kubiak@ifsh.de

Forschung zu den Sicherheitsrisiken des Klimawandels am IFSH

Mit der Verlängerung des Exzellenzclusters „Integrated Climate System Analysis and Prediction“ (CLiSAP) der Universität Hamburg, die die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Juni 2012 bekanntgab, wird auch die Beteiligung des IFSH an der Klimafolgenforschung weiter gefördert. Das IFSH war an der Antragstellung zum CLiSAP-Antrag beteiligt und ist eine der Partnerinstitutionen der Universität Hamburg im Rahmen des KlimaCampus Hamburg (<http://www.klimacampus.de/>).

In der ersten Förderphase von CLiSAP (2007-2012) wurden eine Reihe von Forschungsvorhaben am IFSH begonnen, unter anderem Promotionen zu Waldschutz und Konflikten im Amazonasbecken (Bearbeiterin: Denise Völker), Modellierung von Flussläufen (Bearbeiter: Christian Alwardt) und zum Zusammenhang von Naturkatastrophen, Migration und lokalen

Konflikten (Bearbeiter: Andreas Bernath). Das IFSH war Mitveranstalter mehrerer Tagungen, so zum Stand der Forschung zu den Zusammenhängen von Klimawandel, bewaffneten Konflikten und gesellschaftlicher Stabilität und zu den Risiken des Geoengineering, dem angedachten Versuch mit Hilfe großtechnischer Verfahren dem Klimawandel zu begegnen. Die Arbeiten am IFSH mündeten in eine größere Zahl von Veröffentlichungen, unter anderem in der Zeitschrift „Science“, sowie in einen Übersichtsband über den Stand der internationalen Forschung zu den Sicherheitsrisiken des Klimawandels, die meist in enger Zusammenarbeit mit Natur- und Sozialwissenschaftlern des KlimaCampus Hamburg erfolgten.

Auf dieser erfolgreichen Arbeit soll in der am 1. Oktober beginnenden 2. Phase von CLiSAP aufgebaut werden. Michael Brzoska

wird auch weiterhin einer der Principal Investigators von CLiSAP sein und gemeinsam mit Prof. Jürgen Scheffran die Arbeitsgruppe „Klimawandel, Sicherheitsrisiken und Gewaltkonflikte“ leiten. Als Arbeitsschwerpunkte am IFSH für die nächsten Jahre sind Forschungen zum Zusammenhang von umweltbedingter Migration und Konflikten, zur Wahrnehmung des Klimawandels durch Sicherheitsakteure, insbesondere das Militär, sowie zu den Konfliktrisiken von „Geoengineering“ vorgesehen. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus der Universität Hamburg, die zu den potenziellen Folgen des Klimawandels für Sicherheit und Frieden forschen, intensiviert und vertieft werden. Dazu ist als regionaler Schwerpunkt Nordafrika vereinbart worden.

Kontakt: Michael Brzoska

brzoska@ifsh.de



Abrüstung vor den US-Wahlen IFAR Forschungsreisen nach Newport (USA), Pugwash (Kanada), Berlin und Zürich

Vom 12. bis 18. August 2012 hielt sich Götz Neuneck eine Woche in den USA auf. Anlass war der Workshop: "Ballistic Missile Defense: Post-Chicago Summit, Pre elections" am 13. August 2012, der an dem US Naval War College in Newport, Rhode Island stattfand. Neben einer Bestandsaufnahme der Raketenabwehr in Europa nach dem Chicago-Gipfel wurde die BMD-Politik der US-Präsidentschaftskandidaten einer Analyse unterzogen.

Foresight Workshop" statt, um notwendige Schritte für eine Welt ohne Nuklearwaffen zu diskutieren. Götz Neuneck hielt auf beiden Konferenzen Vorträge zur europäischen Sicherheit und Rüstungskontrolle.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle veranstaltete am 11. September 2012 im Auswärtigen Amt einen Meinungsaustausch zu aktuellen abrüstungs- und nichtverbreitungspolitischen Perspektiven, zu dem Mi-



Gruppenfoto der Pugwash-Konferenz vor der Sommervilla von Cyrus Eaton, wo im Juli 1957 die erste Pugwash-Konferenz stattfand.

Einen Kontrast bildete am 16.-18. August 2013 die Tagung „A Secure World without Nuclear Weapons“ an einem historischen Ort in Neuschottland, Kanada. In dem kleinen Fischerdorf Pugwash trafen sich auf Einladung des Industriellen Cyrus Eaton im Juli 1957 mitten im Kalten Krieg erstmalig 22 hochrangige Wissenschaftler aus den USA, der Sowjetunion, China und zehn weiteren Staaten, um u.a. vor den Folgen eines Wettrüstens zu warnen und geeignete Schritte zur Beendigung der nuklearen Rüstungen auszuarbeiten. Nun fand in dem inzwischen zur historischen Stätte umgestalteten Sommerhaus ein „Strategic

chael Brzoska und Götz Neuneck eingeladen waren. Letzterer hielt einen Vortrag zu den Perspektiven der Rüstungskontrolle in Europa unter Einbeziehung der taktischen Nuklearwaffen.

Katarzyna Kubiak und Oliver Meier nahmen vom 6.-8. September 2012 an einer Tagung zur „Zukunft der erweiterten Abschreckung in Europa“ in Zürich teil. Die Konferenz war vom Center for Security Studies an der ETH Zürich organisiert worden. Oliver Meier hielt einen Vortrag über die Rolle der NATO in der nuklearen Rüstungskontrolle und moderierte das Abschlusspanel.

Kontakt: Götz Neuneck neuneck@ifsh.de

letzten Jahrzehnt. Die zentralasiatischen Staaten können jedoch nicht auf ihren Status als bloße „Betroffene“ oder als Objekte internationaler Politik reduziert werden. Vielmehr haben sie sich in der Vergangenheit selbst aktiv in den Konflikt in ihrem Nachbarland eingemischt.

Mit der Rolle der zentralasiatischen Staaten hat sich auch das IFSH beschäftigt – zunächst im Rahmen einer DSF-geförderten Pilotstudie. Insbesondere die Außenpolitik Usbekistans und Turkmenistans soll nun im Rahmen eines zweijährigen Forschungsprojekts untersucht werden, für das das IFSH Mittel bei der DSF beantragen wird. Auch andere Forschungsinstitute beschäftigen sich mit der Thematik. Sebastian Schiek nahm auf Einladung von SIPRI und der Robert Bosch Stiftung an der internationalen Konferenz „Central Asia and Afghanistan in an evolving regional order“ teil. Die Konferenz fand vom 9.-11. September 2012 an der KIMEP Universität in Almaty, Kasachstan, statt und wurde von Neil Melvin, Direktor der Abteilung für bewaffnete Konflikte und Konfliktmanagement am SIPRI, sowie Nargis Kassenova (KIMEP) geleitet. Die Konferenz war Teil eines SIPRI-Forschungsprojekts zur Wahrnehmung des Afghanistankonflikts in Zentralasien und anderen Nachbarregionen des Krisenherdes. Eingeladen waren über zwanzig Teilnehmer/-innen aus Zentralasien, Russland und China. Auf insgesamt sieben Panels wurde der Afghanistankonflikt, das Destabilisierungspotenzial des ISAF Truppenabzugs für Zentralasien, der Einfluss von Regionalmächten auf die Staaten Zentralasiens sowie die Rolle und Potenziale regionaler Sicherheitsorganisationen thematisiert. Sebastian Schiek konnte mit den SIPRI Mitarbeiter/-innen über potenzielle Synergieeffekte sprechen, die sich aus dem SIPRI-Forschungsprojekt und dem am IFSH anvisierten Projekt zur Untersuchung der Afghanistanpolitiken der zentralasiatischen Staaten ergeben.

Kontakt: Sebastian Schiek schiek@ifsh.de

ANVIL-Konsortium- Workshop in Utrecht

Raphael Bossong und Hendrik Hegemann wirken seit diesem Sommer an einem im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union geförderten Projekts zur vergleichenden Analyse von Systemen ziviler Sicherheit in Europa mit (Projektname ANVIL). Das zweijährige Projekt mit Partnern aus acht Ländern definiert Systeme ziviler Sicherheit als die Politiken, Einrichtungen und Mechanismen, die in einem Land oder einer Region bestehen, um diese gegen Gefährdungen der Sicherheit ihrer Bevölkerungen oder der Funktionsfähigkeit kritischer Infrastrukturen zu schützen. Der Fokus des Projekts liegt dabei auf der Vorbereitung auf Krisensituationen (preparedness) sowie dem

Zentralasien und Afghanistan in einer künftigen regionalen Ordnung

CORE-Mitarbeiter bei SIPRI-Konferenz in Almaty, Kasachstan

Was 2014 in Afghanistan genau geschehen wird, dürfte heute niemandem, nicht einmal den unmittelbar beteiligten Akteuren, klar sein. Mittlerweile sicher scheint jedoch, dass es zu keinem vollständigen Abzug ausländischer Truppen kommen wird. Eine mögliche Verhandlungsbereitschaft und ein möglicher Gewaltverzicht der Taliban deuten außerdem darauf hin, dass Afghanistan nicht zwangsläufig in den nächsten großflächigen Bürgerkrieg abdriften muss. Das



Destabilisierungsrisiko für Afghanistan selbst und für seine Nachbarländer ist dennoch gewaltig. Die USA, aber auch Regionalmächte wie Pakistan, Russland und Iran mischen sich mit ihren jeweils eigenen Interessen in Afghanistan ein. Ganz unmittelbar betroffen von der Afghanistanankrise sind aber auch die jungen Staaten Zentralasiens im Prinzip seit ihrer Unabhängigkeit, spätestens aber seit der Machtübernahme der Taliban 1995 und dem Bürgerkrieg im



konkreten Umgang mit solchen Krisen (response). Mögliche Krisen umfassen Naturkatastrophen, Unfälle, den Ausfall kritischer Infrastrukturen und Terroranschläge. Nationale Regierungen koordinieren ihre Aktivitäten zunehmend mit ihren Nachbarstaaten, regionalen Organisationen und privaten Akteuren auf der Grundlage eines breiten Ansatzes von Security Governance. Das Projekt fragt nach unterschiedlichen Ansätzen und Strukturen auf der nationalen und regionalen Ebene, deren rechtlichen und kulturellen Determinanten sowie bewährten Krisenmechanismen.



Am 11. und 12. September 2012 traf sich das ANVIL-Konsortium für einen ersten Workshop an der School of Governance der Universität Utrecht. Dabei wurden die konzeptionellen und empirischen Herausforderungen bei der Erstellung der avisierten 17 Länderstudien erörtert. Ein detaillierter Leitfaden zur qualitativen sowie quantitativen Datenerhebung wird einen strukturierten Vergleich zwischen den verschiedenen Fällen ermöglichen. Der Workshop beinhaltetete weiterhin informelle persönliche Diskussionen mit Krisenmanagern und Sicherheitsverantwortlichen aus mehreren EU-Ländern (UK, Rumänien, Niederlande, Irland). Dabei wurde die Bedeutung von empirisch belegten "best practices", die zwischen transnationalen Expertennetzwerken ausgetauscht werden können, hervorgehoben. ANVIL soll hierzu einen auf EU-Ebene politikrelevanten Beitrag leisten. Zum Abschluss fasste das ANVIL-Konsortium weitere Ziele im Bereich der EU-Rahmenforschung und der Vernetzung mit Entscheidungsträgern ins Auge. Der nächste ANVIL-Workshop, der im Februar 2013 am IFSH abgehalten werden soll, wird erste empirische Ergebnisse vorstellen und die Projektphase zur vergleichenden Bewertung von nationalen Katastrophenbewältigungsstrukturen einleiten.

Kontakt:
Raphael Bossong bossong@ifsb.de
Hendrik Hegemann Hegemann@ifsb.de



IFSH aktuell
Ausgabe 94
August / September 2012

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Susanne Bund, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsh.de · <http://www.ifsh.de>

PUBLIKATIONEN

Heft 3/2012 von „Sicherheit und Frieden“ erschienen

S+F Sicherheit und Frieden
Security and Peace

Heft 3/2012 der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“ befasst sich in seinem Themenschwerpunkt mit der „Genese nationaler Sicherheitsstrategien“. Herausgeber des Themenschwerpunktes ist Heiner Hänggi. Die Autoren der Beiträge sind Bastian Giegerich und Alexandra Jonas, „Auf der Suche nach best practice? Die Entstehung nationaler Sicherheitsstrategien im internationalen Vergleich“, Bård B. Knudsen, „Developing a National Security Policy/Strategy: A Roadmap“, Vincenza Scherrer, „UN Support to National Security Policy-Making from an Institution-Building Perspective“, Sven Biscop, „No Strategy Lasts Forever: Time for a New European Security Strategy“, und Christopher Daase und Julian Junk, „Strategische Kultur und Sicherheitsstrategien in Deutschland“. Die Ausgabe enthält außerdem einen Beitrag von Marco Overhaus und Michael Paul zu „Afghanistan: Ungewisse Zukunft der Transition“ und von Andrea Zemskov-Züge zu „Erinnerung, Geschichtsbilder und zivile Konfliktbearbeitung – Ein Erfahrungsbericht zur Anwendung theoretischer Konzepte in der friedenspädagogischen Praxis“. Weitere Informationen unter <http://www.sicherheit-und-frieden.nomos.de/archiv/2012/heft-3/>.

Kontakt: Martin Kabl (Chefredaktion) kabl@ifsb.de

Indikatoren zur Risikobewertung von Piraterie und maritimem Terrorismus: Problematisierung und Ergebnisse – Gemeinsamer Bericht der wissenschaftlichen Partner des Projekts PiraT.



In Kooperation von zwölf Autor/-innen und fünf Instituten ist im September 2012 das 18. Arbeitspapier des Projekts PiraT erschienen. Gemeinsam identifizieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von IFSH, BLS, DIW, TUHH und ISZA Indikatoren zur Erkennung der Risiken von maritimer Piraterie und maritimem Terrorismus. Vier Aspekte werden verdeutlicht: Indikatoren sind in den verschiedenen untersuchten Bereichen (Politikwissenschaft, Recht, Wirtschaft, Technik und Zukunftsforschung) unterschiedlich wichtig. In den sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Disziplinen dominieren qualitative Einflüsse. Zudem sind

die Indikatoren stark kontextbezogen und somit weniger zur mathematischen Ermittlung eines Risikos geeignet, können aber Tendenzen aufzeigen.

Das IFSH trägt mit der Einleitung von Hans-Georg Ehrhart und dem ersten Kapitel von Kerstin Petretto, Hans-Georg Ehrhart und Patricia Schneider doppelt zu dem 64-seitigen Arbeitspapier bei: Ehrhart stellt in der Einleitung das Thema sowie Autoren und Beiträge vor. Im gemeinsamen Kapitel erläutern die Autor/-innen das Konzept Security Governance, den Risikobegriff, die Indikatorenbildung für die Phänomene Piraterie und maritimer Terrorismus und das Risikomodell unter Betrachtung von Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Dabei wenden Ehrhart, Petretto und Schneider ein im Verlauf des Projekts an die Erkenntnisse angepasstes Risikomodell an. Freier Download unter www.maritimesicherheit.eu.

Ehrhart, H.-G., Petretto, K. & Schneider, P., 2012. Indikatoren – Beitrag des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), in: Verbundprojekt PiraT (Hrsg.) (2012): Indikatoren zur Risikobewertung von Piraterie und maritimem Terrorismus: Problematisierung und Ergebnisse – Gemeinsamer Bericht der wissenschaftlichen Partner des Projekts PiraT. PiraT Arbeitspapier zur Maritimen Sicherheit Nr. 18, Hamburg, S. 4-20.

<http://www.maritimesicherheit.eu/fileadmin/content/news_events/workingpaper/PiraT_Arbeitspapier_Nr18_2012.pdf>

Kontakt: Hans-Georg Ehrhart ebrhart@ifsb.de
Patricia Schneider schneider@ifsb.de

Johann Schmid, Clausewitz: Vom Kriege – für den Frieden. In: Journal der Politisch-Militärischen Gesellschaft, Denkwürdigkeiten, Nr. 80, August 2012, S. 1-7.

Soldaten der Bundeswehr stehen im Gefecht am Hindukusch, während Deutschland darüber debattiert, ob in Af-



ghanistan Krieg herrscht oder nicht. Vor dem Hintergrund solcher Dilemmata stellt sich die Frage: Verstehen wir überhaupt den Kontext, in dem wir agieren? Verstehen wir den Krieg in seinen vielfältigen Erscheinungsformen mit der ihm immanenten Logik und Dialektik? Dass es sich hierbei auch um ein intellektuelles Defizit handelt, verdeutlichen führende Vertreter der Friedens- und Konfliktforschung, indem sie darauf verweisen, dass es bis Mitte der 1990er Jahre in Deutschland ohnehin kaum eine wissenschaftliche Befassung mit Krieg gegeben habe. Während sich die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland heute weitgehend auf Kriegsursachenforschung beschränke, fehle ein grundsätzliches Verständnis dessen, was in Krieg und Konflikt genau passiere. Wie aber kann die Wissenschaft fundierte Politikberatung oder auch nur gesellschaftliche Bildung im Bezug auf Krieg, Frieden, Sicherheitspolitik und Strategie leisten, wenn sie gar nicht versteht, wie der Krieg funktioniert? Denn wer Frieden will, benötigt Urteilskraft und einen Begriff vom Krieg. Carl von Clausewitz und sein Werk Vom Kriege liefern diesbezüglich keine fertigen Antworten, wohl aber weiterführende Inspirationen.

Kontakt: Johann Schmid Schmid@ifsb.de